

AKTIONSPROGRAMM 2003 FÜR BELARUS

1. Angaben zum Programm

<i>Art des Programms:</i>	Länderprogramm
<i>Begünstigtes Land</i>	
<i>/Bezeichnung:</i>	Belarus
<i>Haushaltsjahr:</i>	2003
<i>Mitteluweisung:</i>	6 Mio. € davon 2 Mio. € für das Programm Tempus, das von der GD Bildung und Kultur durchgeführt wird
<i>Haushaltlinie:</i>	5 Mio. € aus B7-520 und 1 Mio. € aus B7-524
<i>Rechtsgrundlage:</i>	Verordnung (EG, Euratom) Nr. 99/2000 des Rates vom 29. Dezember 1999 über die Unterstützung der Partnerstaaten in Osteuropa und Mittelasien. Schlussfolgerungen des Rates vom 15. September 1997 über Belarus
<i>Laufzeit:</i>	Verträge, die im Rahmen dieses Programms finanziert werden, treten nicht vor der ordnungsgemäßen Unterzeichnung der Finanzierungsvereinbarung durch die zuständigen Stellen, spätestens aber 36 Monate nach dem Inkrafttreten der betreffenden Mittelbindung in Kraft. Die im Rahmen dieses Programms vorgesehenen technischen Maßnahmen und sämtliche Verträge müssen bis zum 31.12.2007 beendet sein.
<i>Programmierung:</i>	RELEX E/2
<i>Durchführung:</i>	Delegation der Europäischen Kommission für die Ukraine, Moldau und Belarus
<i>Bemerkungen:</i>	Verwaltungsausgaben werden aus diesem Programm nicht finanziert.

2. Zusammenfassung

Im Einklang mit dem Ratsbeschluss vom 15. September 1997 sieht das Richtprogramm 2000-2003 für Belarus vor, dass lediglich in einem der in Anhang II der Tacis-Verordnung genannten möglichen Bereiche der Zusammenarbeit Maßnahmen durchgeführt werden: „Unterstützung der institutionellen, rechtlichen und administrativen Reformen“. Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom September 1997 wird nun eine Unterstützung in den Bereichen Zivilgesellschaft, allgemeine und berufliche Bildung und regionale Aktionen vorgeschlagen. Die Unterstützung soll im Rahmen folgender Kleinprojektprogramme bereitgestellt werden: IBPP, Tempus, Statistik und Economic Trends.

Ein neues Tschernobyl-Programm für Belarus zur Stärkung der Zivilgesellschaft ist vorgesehen. Es umfasst eine Zuschussfazilität zur Finanzierung von Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zur Förderung von lokalen Initiativen sowie zur Unterstützung des Tschernobyl-Komitees bei der Linderung der Folgen der Katastrophe.

3. Aktuelle Lage

Angesichts der politischen Entwicklung in Belarus in den Jahren 1996-1997 beschloss der Rat im **September 1997**, den Abschluss des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) auszusetzen und die Programme der EU und der Mitgliedstaaten für technische Hilfe auf humanitäre und regionale Projekte sowie auf Projekte, die direkt zur Demokratisierung beitragen, zu beschränken.

Gemäß den Ratsbeschlüssen vom September 1997 sind bilaterale Ministerkontakte zwischen der EU und Belarus im Prinzip nur über den EU-Vorsitz oder die EU-Troika möglich. Innerhalb dieser Grenzen hatte die EU versucht, Belarus wieder zur Einschlagung des Reformwegs zu bewegen. Jedoch verlief die Entwicklung in Belarus, die von der EU seit 1997 regelmäßig bewertet wird, eher in die entgegengesetzte Richtung. Personen verschwanden, die Opposition und kritische Intellektuelle und Journalisten wurden drangsaliert usw. Die Parlamentswahlen 2000 und die Präsidentschaftswahlen im September 2001 wurden vom BDIMR der OSZE weder als frei noch als fair beurteilt. Die EU schloss sich dieser Einschätzung an, machte jedoch im März 2002 einen weiteren Vorstoß, um mit Belarus einen neuen Ansatz zu finden. Darauf folgten jedoch keine nennenswerten Reaktionen. Stattdessen ging Belarus auf Konfrontationskurs zur OSZE bzw. zu deren Beratungs- und Überwachungsgruppe (AMG) in Minsk, die im Oktober 2002 aufgelöst werden musste - woraufhin die EU ein Einreiseverbot gegen sieben führende Vertreter des Regimes verhängte. Im Januar 2003 wurde ein neues OSZE-Büro eröffnet. Das Einreiseverbot der EU wurde im April 2003 aufgehoben.

Im August 2002 setzte Belarus die Anwendung der allgemeinen Tacis-Bestimmungen für Steuern und Einfuhrzölle einseitig aus. Anlass war ein Antrag der Russischen Föderation im Rahmen der Union zwischen den beiden Ländern, die in Belarus gewährten Vergünstigungen bei Steuern und Einfuhrzöllen einzuschränken. Auch andere Geber, insbesondere das UNDP, waren von den rechtlichen Änderungen betroffen. Das Wirtschaftsministerium (das für die Koordinierung der Auslandshilfe zuständig ist) ging die Frage aktiv an und legte den Entwurf für einen Präsidentenerlass zur vorläufigen Lösung des Problems der Durchführung von Tacis vor. Der Entwurf wurde inzwischen vom Ministerrat genehmigt und der Präsidialverwaltung zur endgültigen Annahme vorgelegt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Abschluss von Verträgen allerdings noch nicht möglich, und eine genaue Prüfung wird erforderlich sein, bevor mit der Durchführung begonnen werden kann.

4. Koordinierung mit anderen Gebern

Die Koordinierung der Geber ist ein ständiges Thema auf den regelmäßigen Gebertreffen, an denen alle wichtigen Geber für Belarus teilnehmen.

Die Geberkoordinierung für die unten aufgeführten Projekte wurde mit der Mission für das Aktionsprogramm 2003 auf den Weg gebracht, die 2002 von der Kommission organisiert wurde. Bei dieser Gelegenheit wurden die vorgeschlagenen Projekte mit allen wichtigen Gebern für Belarus erörtert. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Koordinierung mit den laufenden Maßnahmen im Zusammenhang mit der Tschernobyl-Katastrophe, um Überschneidungen zu vermeiden und um zu ermitteln, in welchen Bereichen die Kommission Aktivitäten unterstützen kann, die vom Tschernobyl-Staatskomitee gemeinsam mit internationalen Experten und anderen Gebern entwickelt werden. Während der Durchführung wurde laufend darauf geachtet, Überschneidungen zu vermeiden.

5. Lehren aus der früheren Bereitstellung von EG-Hilfe

Partnerschaftsprogramme

Im Zeitraum 1996-1999, als noch Haushaltsmittel bereitstanden, wurden mit den Partnerschaftsprogrammen Tempus Lien und City Twinning nachhaltige Ergebnisse erzielt. Viele im Rahmen solcher Partnerschaftsprojekte entstandene Beziehungen sind weit über die ursprünglich angedachten zeitlichen, finanziellen und sektoralen Einschränkungen hinaus gewachsen und haben die Eignung dieser Art von TH-Instrument bewiesen¹.

¹ Dieser Aspekt wird besonders durch das Projekt Lokale Agenda 21 Mendip/Swetlagorsk deutlich, bei dem die Städtepartnerschaft zu dauerhaften Kontakten auf allen Ebenen, zu bilateralen Aktivitäten und weiteren Maßnahmen

Programm zum Aufbau einer Zivilgesellschaft (CSDP) (Haushalt 1997, Durchführung seit 2000)

Das Programm besteht aus drei Komponenten: Medien (5 Projekte), NRO – Zivilgesellschaft (22 Projekte) und Partnerschaften zwischen Institutionen (1 Projekt). Neben Makrozuschüssen sieht das Programm auch Mikrozuschüsse für die Komponente NRO - Zivilgesellschaft vor, die vom TBO und der Delegation in Kiew verwaltet werden.

Im April 2002 organisierte EuropeAid eine Monitoring-Mission zur Ermittlung der Ergebnisse dieses Programm in Belarus. Die allgemeine Schlussfolgerung war, dass trotz der Präsidentschaftswahlen und einiger Schwierigkeiten gute Ergebnisse erzielt werden konnten. Das Programm erwies sich als interessantes Instrument für NRO und Medien, um den Dialog innerhalb der stark gespaltenen belarussischen Gesellschaft zu fördern. Die NRO und die unabhängigen Medien können diesen schwierigen Dialog mit staatlichen Stellen und Medien nutzen, um ihren eigenen Werten und Sichtweisen mehr Geltung zu verschaffen und um die Wirksamkeit ihrer Tätigkeit zu steigern. Vonseiten der Regierung erhalten sie auch immer mehr Anerkennung für ihre Arbeit in vielen Bereichen, u. a. in dem der Menschenrechte. Die Tatsache, dass es sich um Tacis-Maßnahmen handelt, bietet für die Mitglieder und ihre Arbeit effektiven Schutz und ermöglicht ihnen eine offene Durchführung von Aktivitäten und Projekten, die ansonsten in Belarus nicht realisierbar wären.

Die Kommunikation mit den Behörden funktioniert in der Regel gut. Während der Mission zur Vorbereitung dieses Programms im Jahr 2002 betonten die belarussischen Behörden (Außenministerium und Wirtschaftsministerium) auf zwei verschiedenen Tagungen ihre Wertschätzung für das Programm und baten um dessen Fortsetzung.

Partnerschaftsprogramm für den Aufbau von Institutionen (IBPP)

Die erste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in Belarus war hinsichtlich Anzahl und Qualität der eingereichten Anträge sehr erfolgreich. Das Programm wird an die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Programm zum Aufbau einer Zivilgesellschaft anknüpfen und die Grundlage für eine langfristige Unterstützung der EU für die belarussische Zivilgesellschaft bilden. Das Partnerschaftsprogramm für den Aufbau von Institutionen ist jedoch etwas enger gefasst als das Zivilgesellschaftsprogramm, so dass noch Spielraum für weitere Maßnahmen besteht, wenn mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten.

Schlussfolgerung

Die Erfahrungen aus all den Kleinprojekten zur Förderung der Zivilgesellschaft sprechen für die Fortsetzung derartiger Maßnahmen. Sie zeigen, dass es möglich ist, mit NRO, unabhängigen Medien und lokalen Behörden an der Basis zu arbeiten. Im Rahmen des Aktionsprogramms 2003 werden weiterhin Kleinprojekte durchgeführt, und die Wahl des IBPP ergab sich direkt aus den recht positiven Ergebnissen. Die Erfahrungen schlagen sich auch im Tschernobyl-Projekt nieder, das sich auf ein integriertes Konzept unter Einbeziehung von NRO und lokalen Behörden stützen wird.

6. Programmkomponenten

Unter Berücksichtigung des derzeitigen Rahmens für die Zusammenarbeit mit Belarus und des begrenzten Budgets für das Aktionsprogramm 2003 für Belarus (5 Mio. €) wird vorgeschlagen, das Aktionsprogramm vollständig auf Kleinprojektprogramme und die Unterstützung zur Abfederung der sozialen Folgen der Tschernobyl-Katastrophe zu stützen.

nach Beendigung des Projekts geführt hat. Auch der EU-Partner hat sich dank der im Rahmen des Projekts hergestellten Kontakte aktiv in der Region engagiert.

Kleinprojektprogramme

Mit dem Partnerschaftsprogramm für den Aufbau von Institutionen werden mittelfristig die Entwicklung der Zivilgesellschaft und lokale Initiativen gefördert, wobei an die bisherige Arbeit im Rahmen des Programms für den Aufbau einer Zivilgesellschaft angeknüpft und eine enge Zusammenarbeit mit der Kleinprojektfazilität im Rahmen des Programms für grenzübergreifende Zusammenarbeit sowie mit dem neuen Tschernobyl-Programm der EU angestrebt wird.

Tempus ist ein wichtiges Kooperationsinstrument im Bereich der Hochschulbildung. Die aufgrund der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2003 ausgewählten Projekte werden sich auf die Integration des belarussischen Hochschulsystems in den Europäischen Hochschulraum (Bologna-Prozess), die akademischen Disziplinen Wirtschaft, Jura und Sozialarbeit sowie die Entwicklung von Ausbildungskursen für den öffentlichen Dienst konzentrieren und die zahlreichen Tacis-Projekte untermauern. Für die Durchführung von Tempus ist die GD Bildung und Kultur zuständig.

Economic Trends wird auf bisherigen Tacis-Projekten aufbauen und zur Gewinnung verlässlicher Wirtschaftsdaten über Belarus beitragen.

Das Statistik-Programm wird gemeinsam mit Eurostat durchgeführt. Es soll dazu beitragen, dass Eurostat sich auf die Arbeit mit belarussischen Statistiken vorbereiten kann.

Unterstützung zur Abfederung der sozialen Folgen der Tschernobyl-Katastrophe

Dieses Projekt entsteht in enger Zusammenarbeit mit anderen Gebern in Belarus. Es zielt vor allem darauf ab, die lokale Bevölkerung in die Lage zu versetzen, die Folgen der Katastrophe im Alltag zu bewältigen. Zu diesem Zweck soll sie besser befähigt werden, mit dem Problem der Umweltverseuchung selbstständig umzugehen und soziale und wirtschaftliche Initiativen einzuleiten, die auf eine effektive Verbesserung der Situation abzielen, einschließlich der Information der Bevölkerung darüber, wie Schäden und Risiken aufgrund der Verstrahlung in den verseuchten Gebieten reduziert werden können, und des Aufbaus eines kosteneffizienten Gesundheitswesens.

Ein weiteres Element wird darin bestehen, zur Stärkung der institutionellen Kapazitäten vor Ort beizutragen und das Tschernobyl-Staatskomitee zu unterstützen, damit es lokale Initiativen im Rahmen des nationalen Plans zur Reduzierung der Auswirkungen der Katastrophe besser fördern und koordinieren kann.

Die zuständigen Kommissionsdienststellen treffen eine Auswahl aus den vom Staatskomitee und/oder der internationalen Gebergemeinschaft vorgeschlagenen Projekten. Der Großteil der Finanzmittel wird für Zuschüsse geringen und mittleren Umfangs für die lokalen Behörden, Gemeinschaften und NRO verwendet, damit diese besser in der Lage sind, die Themen anzugehen, die im Zusammenhang mit den Projektzielen ermittelt wurden. Dazu gehört die Förderung von Partnerschaften mit EU-Behörden, -Institutionen und -NRO.

7. Ergänzende Gemeinschaftshilfe

7.1 Tacis-Regionalprogramme

Derzeit entfällt der Großteil der Tacis-Maßnahmen in Belarus auf **Umweltprojekte im Rahmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit oder auf regionaler Ebene** im Bereich der Flusswasserqualität. Die Projekte für die Flüsse Westliche Dwina und Bug liefen im Dezember 2002 aus. Das neue Projekt für den Fluss Nieman ist in vollem Gange. Außerdem wird das Umweltministerium im Rahmen der nationalen Umweltaktionspläne (zweite Projektphase)

unterstützt, und die Projekte für das Einzugsgebiet des Pripjet und das Notfallwarnsystem (Teil des Projekts zur gemeinsamen Flussbewirtschaftung, das vier grenzüberschreitende Flusseinzugsgebiete betrifft) laufen zurzeit.

Ein wichtiges Programm für Belarus ist die 1996 eingeleitete **grenzübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der Grenzdemarkation und der Grenzübergänge**. Nach einer Anfangsphase, in der vor allem Machbarkeitsstudien angefertigt wurden, wurde mit konkreten Projekten in Belarus die Durchführungsphase eingeleitet. Zu nennen ist insbesondere das Demarkationsprojekt an der Grenze zu Litauen, ein bedeutendes Projekt, das von Belarus und den baltischen Staaten begrüßt wurde. Das erste Projekt zur Errichtung eines Gebäudes in Kammeny Log ist nun abgeschlossen. Für das neue Projekt, das den Bau eines neuen Terminals in Kaslovitchi II in Brest vorsieht, wird derzeit die Ausschreibung vorbereitet.

Nukleare Sicherheit: Zwei Tacis-Projekte werden in Belarus im Zusammenhang mit der Tschernobyl-Katastrophe durchgeführt. Sie stehen für eine neue Sichtweise des Tschernobyl-Problems, bei der die menschliche Dimension stärker im Vordergrund steht. Ein Projekt, das die Sanierung und die medizinischen Spätfolgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl zum Gegenstand hat, dient hauptsächlich Forschungszwecken. Das Projekt besteht aus einer Reihe kleiner Pilotprojekte zu Themen wie Verbreitung praktischer Informationen über Strahlung, Veröffentlichung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse, Risikoreduzierung beim Produktanbau, Förderung sicherer Essgewohnheiten in verseuchten Gebieten und Erstellung von Verstrahlungskarten von Dörfern im Umkreis von Tschernobyl.

Ein Projekt über die nachhaltige Entwicklung in von Tschernobyl betroffenen Gebieten konzentriert sich auf die lokale wirtschaftliche Entwicklung als Mittel, um die von der Katastrophe ausgelöste Abwärtsspirale zu durchbrechen, auf deren reale und psychologische Folgen und auf die allgemeinen negativen wirtschaftlichen Folgen für die betroffenen Gebiete. Das *Gamma*-Frühwarnsystem wird wegen seiner konkreten Ergebnisse und des hohen Investitionsanteils geschätzt.

Belarus gehört zu den drei Ländern (Belarus, Ukraine und Moldau), die auch aus dem Programm **Inogate** mit einem Projekt für den Bau und die Bereitstellung von Gasmessgeräten unterstützt werden.

Justiz und Inneres: Die Machbarkeitsstudien über Projekte zur Bekämpfung des Frauen- und Menschenhandels, des Drogenschmuggels und der Geldwäsche wurden erfolgreich abgeschlossen. Das erste Projekt für die Grenze zwischen Belarus und der Ukraine, mit dem diese Länder bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung unterstützt werden sollen, wurde gemeinsam mit dem UNDP zügig beendet. Die Projekte gegen den Drogenschmuggel und den Menschenhandel laufen derzeit an, während im Bereich der Geldwäsche die Prüfung offensichtlich noch nicht abgeschlossen ist.

7.2 Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR)

Von den EIDHR-Projekten in Belarus war das bedeutendste ein mit der OSZE koordiniertes Projekt über die unabhängige Wahlbeobachtung mit dem belarussischen Helsinki-Komitee. Weitere EIDHR-Projekte in Belarus betreffen die Medien und werden in einem Fall vom belarussischen Journalistenverband und dem litauischen Journalistenverband und in einem anderen Fall vom Europäischen Medieninstitut gemeinsam mit dem belarussischen Journalistenverband durchgeführt. Das erste Projekt wurde von den Behörden daraufhin überprüft, ob es mit dem neuen Präsidentenerlass Nr. 8 vereinbar ist. Zudem wurde Seminarteilnehmern des litauischen Journalistenverbands die Einreise verweigert. Daher wurden zahlreiche Projektaktivitäten nach Litauen verlagert.

Belarus gehört nicht zu den 31 weltweit ausgewählten EIDHR-Schwerpunktländern. Zwar schränkt dies die Möglichkeiten für EIDHR-Aktivitäten in diesem Land vorläufig ein, aber dennoch können

bestimmte thematische und regionale Maßnahmen ins Auge gefasst werden. Kürzlich erging eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Förderung der Abschaffung der Todesstrafe. Ein Projekt wurde ausgewählt, das 2003 in Belarus durchgeführt werden soll. Gegenstand dieses regionalen Projekts sind Strategien, mit denen über Alternativen zur Todesstrafe informiert werden soll und diese gefördert werden sollen. Außerdem verfügt die Delegation noch über Mittel für EIDHR-Kleinstprojekte.

7.3 Gemeinsame Programme mit anderen Gebern

Die enge Zusammenarbeit mit anderen Gebern hat Synergieeffekte erzeugt und das Vorankommen von Projekten ermöglicht, die ansonsten nicht realisierbar gewesen wären. Dank der jüngsten Zusammenarbeit im Rahmen des deutschen bilateralen Programms Transform konnte ein bedeutendes Projekt im Bereich der Ausbildung im Versicherungssektor verwirklicht werden. Außerdem ermöglichte die Vorbereitung durch Tacis-Experten der EBWE eine wirksamere Darlehensvergabe. Kürzlich wurde mit den Vereinten Nationen eine fruchtbare Zusammenarbeit in Belarus eingeleitet, die zum ersten Projekt im Bereich Justiz und Inneres an der ukrainischen Grenze und zu einer gemeinsamen Planung des Projekts gegen Frauenhandel und des Drogenbekämpfungsprogramm für Belarus, die Ukraine und die Republik Moldau (BUMAD) führte.

8. Programmdurchführung

Das vorliegende Aktionsprogramm wird nach den folgenden Bestimmungen durchgeführt:

8.1 Durchführung und Verwaltung

Die Finanzierungsvereinbarung ist bis 31. Dezember des auf die Mittelbindung folgenden Jahres zu schließen.

Verträge, die im Rahmen dieses Programms finanziert werden, treten nicht vor der ordnungsgemäßen Unterzeichnung der Finanzierungsvereinbarung durch die zuständigen Stellen, spätestens aber 36 Monate **nach Inkrafttreten der betreffenden Mittelbindung** in Kraft. Deshalb gilt:

- Die einschlägigen Verträge und Zuschüsse müssen, nachdem sie von allen zuständigen Parteien unterzeichnet wurden, innerhalb dieser Frist in Kraft getreten sein.
- Verträge oder Zuschüsse, die nicht in Kraft gesetzt, jedoch von allen zuständigen Parteien bis zum Ende der Laufzeit unterzeichnet wurden, werden nicht zu Ende geführt, sondern annulliert und somit gegenstandslos.
- Noch verfügbare Restbeträge im Rahmen dieses Programms, die nicht zur Finanzierung von Verträgen oder Zuschüssen verwendet wurden, die sich zum Zeitpunkt des Ablaufens der Finanzierungsvereinbarung in Kraft befinden, verfallen automatisch 18 Monate nach Ablauf der Durchführungsfrist der Finanzierungsvereinbarung.
- Eine angemessene Verlängerung der Durchführungsfrist der Finanzierungsvereinbarung ist möglich, sofern sie ordnungsgemäß begründet wird. Die Verlängerung muss vor Ablauf der Durchführungsfrist der Finanzierungsvereinbarung beantragt und genehmigt werden.

Jegliche vertragliche Tätigkeit muss spätestens am 31.12.2007 eingestellt werden. Deshalb gilt:

- Nachträge zu Verträgen oder Zuschüssen, die im Rahmen dieses Programms finanziert werden, dürfen nach Ablauf der Durchführungsfrist nicht mehr vereinbart werden¹.

¹ Es wird darauf hingewiesen, dass sich das Ende der vertraglichen Maßnahmen auf die Projektdurchführung bezieht und nicht auf das Datum für die Vorlage des Schlussberichts oder der Schlussabrechnung.

Das Programm wird von der Kommission in Zusammenarbeit mit den belarussischen Behörden auf der Grundlage von Finanzierungsvereinbarungen (siehe Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung Nr. 99/2000), mit den Projektpartnern sowie den Vertragsunternehmen und -organisationen gemeinsam durchgeführt. Für die Regierung von Belarus übernimmt der Nationale Koordinator für Tacis die Verantwortung für die allgemeine Koordinierung, wobei er von der Nationalen Koordinierungsstelle für Tacis unterstützt wird.

Das Programm wird vom Amt für Zusammenarbeit EuropeAid verwaltet, wobei die verwaltungstechnische Zuständigkeit für die Durchführung der Delegation der Kommission für die Ukraine, Moldau und Belarus (Delegation in Kiew) übertragen wird. Für das Programm gelten die in Artikel 13 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 99/2000 des Rates genannten Verfahren.

8.2 Monitoring, Evaluierung und Rechnungsprüfung

Monitoring

Zusätzlich zu der Überwachung des Programmverlaufs und den Kontrollen, die von den Dienststellen der Kommission und dem Rechnungshof gegebenenfalls vor Ort durchgeführt werden, wurde für das Monitoring ein Vertrag mit unabhängigen Beratern geschlossen. Der Vertrag gilt für das gesamte TACIS-Programm und enthält Vorgaben für die regelmäßige Bewertung der Fortschritte anhand der Programmziele. Dies umfasst Besuche vor Ort und die Befragung der Beteiligten. Die Berichterstattung erfolgt in standardisierter Form, wobei die einzelnen Aspekte des Programms bewertet werden.

Evaluierung

Evaluierungen auf Programm-, Landes- oder Strategieebene werden im Einklang mit dem Evaluierungsarbeitsprogramm des für die Evaluierung zuständigen Referats H6 von EuropeAid durchgeführt, das dem Lenkungsausschuss direkt untersteht. Darüber hinaus schafft die Direktion A von EuropeAid derzeit zusätzliche Kapazitäten für die Evaluierung auf Sektor-/Subsektorebene, um die Planung und Projektfindung im Zusammenhang mit Tacis zu erleichtern. Die Schwerpunktbereiche für diese Sektorevaluierungen werden je nach politischen Prioritäten und Finanzierungsumfang festgelegt. Gegebenenfalls kann in diesem Rahmen auch das vorliegende Programm evaluiert werden.

Rechnungsprüfung

Die im Rahmen dieses Programm finanzierten Tätigkeiten unterliegen der Kontrolle durch die zuständigen Kommissionsdienststellen und den Rechnungshof, die gegebenenfalls auch vor Ort erfolgen kann. Unbeschadet der Zuständigkeiten der Kommission, einschließlich des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), und des Rechnungshofs können die Konten und Nachweise über die finanziellen Aufwendungen im Rahmen dieses Programms in regelmäßigen Abständen von einem von der Kommission beauftragten unabhängigen Rechnungsprüfer geprüft werden.

8.3 Ausschreibungsverfahren

Die Vergabe der Dienstleistungs-, Bau- und Lieferaufträge erfolgt gemäß den in der Haushaltsordnung und anderen einschlägigen Anweisungen festgelegten Ausschreibungs- und Auftragsvergabeverfahren.

9. Kosten und Finanzierung

Das Programm wird mit einem Zuschuss der Gemeinschaft in Höhe von 6 Mio. € finanziert, die wie folgt auf die einzelnen Maßnahmen aufgeteilt werden:

Bereich/Projekt	Bereich insgesamt (in Mio. €)
A. <i>Unterstützung zur Abfederung der Folgen der Tschernobyl-Katastrophe</i>	2

Tacis-Länderprogramm Belarus 1 Mio. €
 Tacis - nukleare Sicherheit 1 Mio. €

B.	<i>Kleinprojektprogramme</i>	4
	Partnerschaftsprogramm für den Aufbau von Institutionen Statistik	
	Hochschulbildung (Tempus) Belarus Economic Trends	
Insgesamt		6,00

10. Verpflichtungen der Regierung und Konditionalität

Die Hilfe wird nur dann bereitgestellt, wenn die erforderlichen Voraussetzungen für die Fortführung der Zusammenarbeit, insbesondere die Achtung der demokratischen Grundsätze und der Menschenrechte, erfüllt sind, wenn Belarus die allgemeinen Tacis-Bestimmungen akzeptiert und einhält und insbesondere wenn ein Präsidentenerlass zur Lösung des Steuerproblems ergeht und gesetzgeberische Maßnahmen zur Klärung der generellen Frage der Auslandshilfe ergriffen werden.

ANHÄNGE

Projektkurzbeschreibungen und Projektplanungsübersichten.